

Der Griff nach dem Strohalm

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV), Spitzenverband der überwiegend mittelständisch geprägten Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland, kritisiert die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, mit denen die Europäische Kommission vorgeblich die Verringerung des Eintrags von Kunststoffen in die Umwelt, insbesondere in die Meere, anstrebt. „Die Europäische Kommission greift angesichts der tiefen Vertrauenskrise in die europäischen Institutionen am Ende ihrer Amtszeit sprichwörtlich nach dem Strohalm, in der Absicht, sich mit symbolhaften Ideen bei den Bürgern populär zu machen“, so GKV-Hauptgeschäftsführer Dr. Oliver Möllenstädt.

Der GKV fordert die Europäische Kommission auf, die von ihr ins Gespräch gebrachten Maßnahmen, wie das Verbot bestimmter Einwegprodukte, z.B. Trinkhalmen aus Kunststoff, und die Einführung einer Abgabe auf Kunststoffe zugunsten des EU-Haushalts auf den Prüfstand zu stellen.

„Die Industrie teilt das Interesse, die Verschmutzung der Umwelt wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Bevormundung der Verbraucher durch Produktverbote und der schamlose Griff in deren Portemonnaies, um die durch den EU-Austritt Großbritanniens entstandenen Löcher im EU-Haushalt zu stopfen, sind gleichwohl völlig fehl am Platze, werden dem Beitrag von Kunststoffen zum Klimaschutz nicht gerecht und helfen unserer Umwelt nicht wirklich weiter“, so Möllenstädt.

Der GKV fordert die Europäische Kommission auf, zu einer sachgerechten Debatte im Interesse des Wohlstandes der Bürger und auf der Grundlage einer Stärkung des Umweltbewusstseins und ökologischer Fakten zurückzukehren. Die Verbände der Kunststoffindustrie in Deutschland engagieren sich seit Jahren weltweit gegen den Eintrag von Kunststoffabfällen in die Umwelt.

Der Griff nach dem Strohalm



Bild: Dr. Oliver Möllenstädt (Bildquelle: GKV)